

1172 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

Ausgedruckt am 12. 1. 1990

Regierungsvorlage

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung und über die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit von beruflichen Prüfungszeugnissen samt Anlage

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung und über die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit von beruflichen Prüfungszeugnissen

Die Regierung der Republik Österreich

und

die Regierung der Bundesrepublik Deutschland —

im Geiste der freundschaftlichen Beziehungen,

in der Absicht, den Absolventen beruflicher Bildungsgänge die Berufsausübung und das berufliche Fortkommen im jeweils anderen Staat zu erleichtern,

im Bewußtsein der im Bereich der beruflichen Bildung bestehenden Gemeinsamkeiten —

sind wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen bedeutet

- a) der Ausdruck „Prüfungszeugnis“ den Nachweis, daß durch eine erfolgreich abgelegte Prüfung, deren Anforderungen in Rechts- oder Verwaltungsvorschriften des Bundes oder der Länder beider Seiten geregelt sind, ein beruflicher Bildungsgang abgeschlossen worden ist;
- b) der Ausdruck „Gleichwertigkeit“ das Vorliegen von gleichwertigen Prüfungsanforderungen;
- c) der Ausdruck „Gleichstellung/Gleichhaltung“ die innerstaatliche Anerkennung der Gleichwertigkeit von Prüfungszeugnissen.

ARTIKEL 2

Allgemeine Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien werden der Entwicklung und Erweiterung ihrer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der beruflichen Bildung besondere Aufmerksamkeit widmen und sich um deren Förderung bemühen.

Zu diesem Zweck werden sie sich auch für eine Zusammenarbeit zwischen Institutionen, Organisationen und Instituten beider Seiten, insbesondere auch der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, die mit Fragen der beruflichen Bildung befaßt sind, im gesamtstaatlichen wie im regionalen Bereich einsetzen.

ARTIKEL 3

Voraussetzungen der Anerkennung, gegenseitige Unterrichtung

- (1) Die Vertragsparteien werden Prüfungszeugnisse gleichstellen/ gleichhalten, wenn
 - a) auf beiden Seiten die Gleichwertigkeit festgestellt worden ist und
 - b) die Prüfungszeugnisse in die Anlage zu Artikel 5 aufgenommen sind.
- (2) Die Vertragsparteien werden
 - a) alle zur Beurteilung der Gleichwertigkeit erforderlichen Informationen und Unterlagen austauschen und
 - b) einander alle Änderungen in den Prüfungsanforderungen so früh wie möglich mitteilen.
- (3) Von der Gleichstellung/Gleichhaltung sind Prüfungszeugnisse ausgeschlossen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder in einem Berufsausbildungsverhältnis, das ausdrücklich mit dem ausschließlichen Ziel einer späteren Verwendung als Beamter begründet wird, erworben wurden.

ARTIKEL 4**Wirkung der Anerkennung**

Ein gleichgestelltes/gleichgehaltenes Prüfungszeugnis verleiht der im Prüfungszeugnis angeführten Person auf der jeweils anderen Seite die Rechte, die mit dem gleichgestellten/gleichgehaltenen Prüfungszeugnis dieser anderen Seite verbunden sind.

- b) das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich samt der dazugehörigen Vereinbarung durch Notenwechsel vom 19. Jänner 1983.

ARTIKEL 5**Verzeichnis der als gleichwertig anerkannten Prüfungszeugnisse**

(1) Gleichzustellende/gleichzuhaltende Prüfungszeugnisse werden in ein Verzeichnis aufgenommen, das diesem Abkommen als Anlage beigelegt ist.

(2) Das Verzeichnis kann durch Notenwechsel geändert oder ergänzt werden.

ARTIKEL 6**Expertenkommission**

(1) Für die Beratung aller Fragen, die sich aus diesem Abkommen ergeben, setzen beide Vertragsparteien eine Expertenkommission ein. In der Expertenkommission sollen auf jeder Seite Vertreter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mitwirken. Außerdem können Vertreter der Länder beider Seiten mitwirken.

(2) Die Expertenkommission tritt zumindest jedes zweite Jahr, ansonsten auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien zusammen.

(3) Die Expertenkommission überprüft die Durchführung dieses Abkommens und empfiehlt übereinstimmend Änderungen und Ergänzungen des Verzeichnisses der anerkannten Prüfungszeugnisse.

ARTIKEL 7**Unberührte Abkommen**

Von diesem Abkommen werden nicht berührt

- a) die Europäische Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse vom 11. Dezember 1953 samt Zusatzprotokoll vom 3. Juni 1964 und

ARTIKEL 8**Berlin-Klausel**

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Österreich innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

ARTIKEL 9**Geltungsdauer, Abkommensänderung**

(1) Dieses Abkommen bleibt solange in Kraft, bis es von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird. Eine Kündigung wird sechs Monate nach ihrem Einlangen bei der anderen Vertragspartei wirksam.

(2) Dieses Abkommen kann vorbehaltlich der Regelung in Artikel 5 Absatz 2 nur durch eine zwischen den Vertragsparteien zu schließende Vereinbarung geändert oder ergänzt werden.

ARTIKEL 10**Inkrafttreten**

Dieses Abkommen tritt am 1. Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die beiden Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Geschehen zu Bonn, am 27. November 1989 in zwei Urschriften.

Für die Regierung der Republik Österreich

Bauer

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

Lautenschlager

Schaumann

Verzeichnis der anerkannten Prüfungszeugnisse

Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses
Zeugnis über das Bestehen der Lehrabschlußprüfung in dem Lehrberuf	Zeugnis über das Bestehen der — Gesellenprüfung (= G) — Abschlußprüfung (= A) in dem Ausbildungsberuf
1. Bäcker	1. a) Bäcker/Bäckerin (G) b) Bäcker/Bäckerin (A)
2. Bauschlosser	2. Bauschlosser/Bauschlosserin (A)
3. Bautechnischer Zeichner	3. Bauzeichner/Bauzeichnerin (A)
4. Betonbauer	4. a) Beton- und Stahlbetonbauer (G) b) Beton- und Stahlbetonbauer (A)
5. Betonwarenerzeuger	5. a) Betonstein- und Terrazzohersteller/Betonstein- und Terrazzoherstellerin (G) b) Betonfertigteilbauer/Betonfertigteilbauerin (A)
6. Betriebselektriker	6. Energieanlagenelektroniker/Energieanlagenelektronikerin (A)
7. Betriebsschlosser	7. Betriebsschlosser/Betriebsschlosserin (A)
8. Binnenschiffer	8. Binnenschiffer/Binnenschifferin (A)
9. Blechschlosser	9. Blechschlosser/Blechschlosserin (A)
10. Blumenbinder und -händler (Florist)	10. Florist/Floristin (A)
11. Brauer und Mälzer	11. a) Brauer und Mälzer/Brauerin und Mälzerin (G) b) Brauer und Mälzer/Brauerin und Mälzerin (A)
12. Brunnenmacher	12. a) Brunnenbauer (G) b) Brunnenbauer (A)
13. Buchhändler	13. Buchhändler/Buchhändlerin (A)
14. Büchsenmacher	14. a) Büchsenmacher/Büchsenmacherin (G) b) Systemmacher/Systemmacherin — Gewehr (A)
15. Bürokaufmann	15. a) Bürokaufmann/Bürokauffrau (G) b) Bürokaufmann/Bürokauffrau (A)
16. Büromaschinenmechaniker	16. Büromaschinenmechaniker/Büromaschinenmechanikerin (G)
17. Chemielaborant	17. Chemielaborant/Chemielaborantin (A)
18. Chemiewerker	18. Chemiefacharbeiter/Chemiefacharbeiterin (A)
19. Dreher	19. Dreher/Dreherin (A)
20. Drogist	20. Drogist/Drogistin (A)
21. Einzelhandelskaufmann	21. Einzelhandelskaufmann/Einzelhandelskauffrau (A)
22. Feinmechaniker	22. Feinmechaniker/Feinmechanikerin (A)
23. Former und Gießer (Metall und Eisen)	23. Former (A)
24. Friseur und Perückenmacher	24. Friseur/Friseurin (G)
25. Gas- und Wasserleitungsinstallateur	25. Gas- und Wasserinstallateur/Gas- und Wasserinstallateurin (G)

Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses
26. Gold- und Silberschmied und Juwelier	26. a) Goldschmied/Goldschmiedin (G) b) Goldschmied/Goldschmiedin (A) c) Silberschmied/Silberschmiedin (G) d) Silberschmied/Silberschmiedin (A)
27. Großhandelskaufmann	27. Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel (A)
28. Herrenkleidermacher	28. Herrensneider/Herrensneiderin (G)
29. Hotel- und Gastgewerbeassistent	29. a) Hotelfachmann/Hotelfachfrau (A) b) Kaufmannsgehilfe/Kaufmannsgehilfin im Hotel- und Gaststättengewerbe (A)
30. Industriekaufmann	30. Industriekaufmann/Industriekauffrau (A)
31. Karosseur	31. Karosseriebauer/Karosseriebauerin (G)
32. Kellner	32. a) Kellner/Kellnerin (A) b) Restaurantfachmann/Restaurantfachfrau (A)
33. Koch	33. Koch/Köchin (A)
34. Kraftfahrzeugelektriker	34. Kraftfahrzeugelektriker/Kraftfahrzeugelektrikerin (G)
35. Kraftfahrzeugmechaniker	35. a) Kraftfahrzeugmechaniker/Kraftfahrzeugmechanikerin (G) b) Kraftfahrzeugschlosser/Kraftfahrzeugschlosserin — Instandsetzung (A)
36. Kürschner	36. a) Kürschner/Kürschnerin (G) b) Kürschner/Kürschnerin (A)
37. Kunststeinerzeuger	37. a) Betonstein- und Terrazzohersteller/Betonstein- und Terrazzoherstellerin (G) b) Betonfertigteilbauer/Betonfertigteilbauerin (A)
38. Landmaschinenmechaniker	38. Landmaschinenmechaniker/Landmaschinenmechanikerin (G)
39. Luftfahrzeugmechaniker	39. Fluggerätmechaniker/Fluggerätmechanikerin (A)
40. Maschinenschlosser	40. Maschinenschlosser/Maschinenschlosserin (A)
41. Maurer	41. a) Maurer (G) b) Maurer (A)
42. Mechaniker	42. Mechaniker/Mechanikerin (A)
43. Meß- und Regelmechaniker	43. Meß- und Regelmechaniker/Meß- und Regelmechanikerin (A)
44. Modelltischler (Formentischler)	44. a) Modellbauer/Modellbauerin (G) b) Modelltischler/Modelltischlerin (A)
45. Optiker	45. Augenoptiker/Augenoptikerin (G)
46. Orthopädienschuhmacher	46. Orthopädienschuhmacher/Orthopädienschuhmacherin (G)
47. Papiermacher	47. Papiermacher/Papiermacherin (A)
48. Platten- und Fliesenleger	48. a) Fliesen-, Platten- und Mosaikleger/Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerin (G) b) Fliesen-, Platten- und Mosaikleger/Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerin (A)

1172 der Beilagen

5

Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses
49. Reisebüroassistent	49. Reiseverkehrskaufmann/Reiseverkehrskauffrau (A)
50. Rohrleitungsmonteur	50. Rohrinstallateur/Rohrinstallateurin (A)
51. Säger	51. Holzbearbeitungsmechaniker/Holzbearbeitungsmechanikerin (A)
52. Schiffbauer	52. a) Schiffbauer/Schiffbauerin (G) b) Schiffbauer/Schiffbauerin (A)
53. Schlosser	53. Schlosser/Schlosserin (G)
54. Schmied	54. a) Schmied/Schmiedin (G) b) Schmied/Schmiedin (A)
55. Schuhmacher	55. Schuhfertiger/Schuhfertigerin (A)
56. Setzer	56. a) Schriftsetzer/Schriftsetzerin (G) b) Schriftsetzer/Schriftsetzerin (A)
57. Siebdrucker	57. a) Siebdrucker/Siebdruckerin (G) b) Siebdrucker/Siebdruckerin (A)
58. Spediteur	58. Speditionskaufmann/Speditionskauffrau (A)
59. Stahlbauschlosser	59. Stahlbauschlosser/Stahlbauschlosserin (A)
60. Steinholzleger und Spezialestrichhersteller	60. a) Estrichleger/Estrichlegerin (G) b) Estrichleger/Estrichlegerin (A)
61. Stempelerzeuger und Flexograf	61. a) Flexograf/Flexografin (G) b) Stempelmacher/Stempelmacherin (A)
62. Stukkateur	62. a) Stukkateur/Stukkateurin (G) b) Stukkateur/Stukkateurin (A)
63. Technischer Zeichner (Maschinen-, Stahlbau-, Heizungs- oder Elektrotechnik)	63. Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin (A)
64. Tierpfleger	64. Tierpfleger/Tierpflegerin (A)
65. Tischler	65. a) Tischler/Tischlerin (G) b) Holzmechaniker/Holzmechanikerin (A)
66. Uhrmacher	66. a) Uhrmacher/Uhrmacherin (G) b) Uhrmacher/Uhrmacherin (A)
67. Universalschweißer	67. Schmelzschweißer/Schmelzschweißerin (A)
68. Verpackungsmittelmechaniker	68. Verpackungsmittelmechaniker/Verpackungsmittelmechanikerin (A)
69. Wärme-, Kälte- und Schallisolierer	69. a) Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierer/Wärme-, Kälte- und Schallschutzisoliererin (Isoliermonteur/Isoliermonteurin) (G) b) Isoliermonteur/Isoliermonteurin (A)
70. Waffenmechaniker	70. Systemmacher/Systemmacherin — Gewehr (A)
71. Werkstoffprüfer	71. Werkstoffprüfer/Werkstoffprüferin — Physik (A)
72. Werkzeugmacher	72. Werkzeugmacher/Werkzeugmacherin (A)
73. Zahntechniker	73. Zahntechniker/Zahntechnikerin (G)
74. Zimmerer	74. a) Zimmerer (G) b) Zimmerer (A)

VORBLATT

Problem:

Die zunehmende internationale Verflechtung, aber auch die Entwicklungen zu einem Binnenmarkt in Europa bedingen auch eine entscheidende Erleichterung der Anerkennung erworbener Qualifikationen. Damit soll die Freizügigkeit der Personen — insbesondere zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, die den erworbenen Qualifikationen entspricht — erleichtert werden.

Der Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland soll es ermöglichen, die in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland jeweils erworbenen Qualifikationen wechselseitig anzuerkennen (Grundsatz der Reziprozität), wenn sie nach einer entsprechenden Prüfung durch die zuständigen Stellen und die gemeinsame Expertenkommission als einander gleichwertig anerkannt worden sind (Grundsatz der Gleichwertigkeit).

Ziele:

Anerkennung von Qualifikationen, die der jeweiligen Person die jeweils damit verbundenen Berechtigungen im anderen Vertragsstaat vermitteln. Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet der beruflichen Bildung.

Inhalt:

Festlegung des institutionellen und prozeduralen Rahmens zur Erreichung der angegebenen Ziele, Anerkennung von gleichwertigen Qualifikationen (als Basis).

Alternative:

Beibehaltung der derzeitigen Rechtslage, die den heutigen Anforderungen und Entwicklungen nicht entspricht und für den Bürger unbefriedigend, weil zeit- und verfahrensaufwendig ist.

Kosten:

a) Personalaufwand:

Für die Vorarbeiten, die Abwicklung, den weiteren Ausbau und die Dokumentation sowie für die verstärkte Verfolgung der Entwicklungen in der beruflichen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland ist im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, Abteilung III/13, je ein zusätzlicher Dienstposten der Verwendungsgruppen A und C im Ausmaß von jeweils sechs Mann-Frau/Monaten erforderlich.

Diese erforderlichen Dienstposten werden durch ressortinternen Ausgleich abgedeckt.

b) Sachaufwand:

Für die Organisation der jedes zweite Jahr in Österreich abzuhaltenden Gemischten Kommission sind beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten 60 000 S zu veranschlagen. Für die Teilnahme an der von der Bundesrepublik Deutschland zu organisierenden Tagung der Gemischten Kommission sind für das Bundesministerium Reisekosten für zwei bis drei Beamte in Höhe von 60 000 S jedes zweite Jahr zu veranschlagen.

Insgesamt ist daher für den Bund pro Jahr mit Kosten für Sachaufwand von 60 000 S zu rechnen, die beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten anzusetzen wären. Dies erfolgt durch ressortinternen Ausgleich.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil

Bei dem Abkommen handelt es sich um einen gesetzändernden und Gesetzesergänzenden Staatsvertrag. Sein Artikel 5 Abs. 2 ist zudem verfassungsändernd. Es bedarf daher gemäß Artikel 50 Abs. 1 und 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat nicht politischen Charakter. Es ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Artikel 50 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes nicht erforderlich ist.

In den Jahren seit 1980 wurde in Besprechungen mit den zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Bundesministerium für Wirtschaft, Kultusministerkonferenz der Länder) unter Einbeziehung der Sozialpartner auf beiden Seiten die Grundlagen für ein Abkommen über die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung und über die Anerkennung der Gleichwertigkeit von beruflichen Prüfungszeugnissen erarbeitet.

Am 5. und 6. Dezember 1988 fanden in Wien bilaterale Verhandlungen statt; dabei wurde ein Abkommenstext über die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung und über die Anerkennung der Gleichwertigkeit von beruflichen Prüfungszeugnissen erarbeitet und paraphiert. Die Anlage zu Artikel 5 wurde in der Folgezeit durch die Aufnahme weiterer Prüfungszeugnisse ausgeweitet. Mit dem Inkrafttreten des Abkommens können Lehrabschlußprüfungen in 74 österreichischen Lehrberufen mit Abschlußprüfungen in mehr als 100 Ausbildungsberufen der Bundesrepublik Deutschland gleichgehalten werden.

Ziel dieses Abkommens ist

- eine Verstärkung und Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der beruflichen Bildung,
- die formelle Anerkennung der Gleichwertigkeiten von beruflichen Prüfungszeugnissen.

Das vorliegende Abkommen eröffnet jedoch auch die Möglichkeit, zur europäischen Entwicklung im Bereich der Anerkennung von beruflichen Befähig-

ungen (vor allem im Hinblick auf die angestrebte Annäherung Österreichs an die Europäische Gemeinschaft) beizutragen. Eine wesentliche Komponente für eine der vier für 1993 geplanten Freiheiten, nämlich für die „Freizügigkeit der Person“, ist die Anerkennung oder Gleichhaltung der erlernten Fertigkeiten und Kenntnisse.

Es kann erwartet werden, daß sich das vorliegende Abkommen auch auf die österreichischen Bemühungen, mit anderen europäischen Staaten gleichartige Abkommen abzuschließen, positiv auswirkt. Erwähnt werden sollen zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, die im Jahre 1977 ein ähnliches Abkommen abgeschlossen haben; von den bis heute erfaßten 15 gleichgestellten Prüfungsnachweisen (CAP in Frankreich, Abschlußprüfung in der BRD) sind 14 Prüfungsnachweise auch im vorliegenden österreichisch-bundesdeutschen Abkommen erfaßt. Auf Grund des identischen Ausbildungssystems wäre zum Beispiel auch eine engere Zusammenarbeit mit der Schweiz denkbar.

Durch das vorliegende Abkommen ergibt sich eine bedeutende Vereinfachung und Kosteneinsparung im individuellen Anerkennungsverfahren vor allem für den Bürger, aber auch die Behörden (das Abkommen ist self-executing, Bestätigungen sollen jedoch ausgestellt werden können).

Die jeweiligen Vorarbeiten und die Abwicklung der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Berufsbildung, die Beobachtung der laufenden Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und die Durchführung der sich aus dem Abkommen ergebenden Arbeiten zum weiteren Ausbau der gegenseitigen Anerkennung von Prüfungszeugnissen werden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten besorgt und koordiniert werden.

Besonderer Teil

Zu Artikel 1:

Die Begriffsbestimmungen wurden so kurz wie möglich gefaßt. Das Abkommen ermöglicht die Anerkennung von in Rechtsvorschriften des Bundes

und der Länder geregelten Prüfungen. Hiemit ist in Österreich insbesondere die „duale Ausbildung“ als Lehrling und die schulische berufsbildende Ausbildung in der Sekundarstufe, aber auch die land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildung und die Ausbildung für einzelne von den Ländern zu regelnde Gewerbe erfaßt. Bezüglich der zuletzt angeführten Bereiche wurde in den Vorverhandlungen mit den beteiligten Kreisen der Länder Übereinstimmung erzielt.

Das Prüfungszeugnis muß den Abschluß eines beruflichen Bildungsganges bescheinigen.

Zu Artikel 2:

Diese Bestimmung legt einen der beiden Schwerpunkte des Abkommens, nämlich die verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung, fest. Im Hinblick auf die besondere Ähnlichkeit der Bildungssysteme Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland wird dies auch im Rahmen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit bedeutend sein.

Zu Artikel 3:

Hier wird für den zweiten Schwerpunkt des Abkommens das Verfahren zur Anerkennung der Gleichwertigkeit festgelegt und weiters das erforderliche Verfahren zum Austausch der entsprechenden Beurteilungsunterlagen behandelt.

Der öffentlich-rechtliche Dienst soll von diesem Abkommen nicht erfaßt werden.

Zu Artikel 4:

Durch die Gleichhaltung der Prüfungszeugnisse werden die in dem jeweils anderen Staat hiemit verbundenen Rechte ohne weitere Maßnahme vermittelt.

Zu Artikel 5:

Die gleichgehaltenen Prüfungszeugnisse werden in einer Anlage zu diesem Abkommen aufgenommen. Die Wirkung der Anerkennung tritt in Österreich unmittelbar auf Grund des Abkommens ein. Ein gesonderter Verwaltungsrechtsakt ist nicht vorgesehen. Auf Seite der Bundesrepublik Deutschland werden die erfaßten Prüfungszeugnisse in eine Rechtsverordnung auf Grund des Berufsbildungsgesetzes aufgenommen.

Das Verzeichnis soll auf Grund der Arbeiten der Expertenkommission ständig ausgeweitet werden. Insbesondere sollen in Zukunft neben den Abschlüssen im dualen System auch schulische Abschlüsse (berufsbildende Schulen) entsprechend den Ver-

handlungsergebnissen der Expertenkommission aufgenommen werden.

Die Ergänzungen der Anlage zu Artikel 5 werden durch Notenwechsel erfolgen. Da solche Änderungen — vor allem im Hinblick auf die angestrebte Annäherung an die Europäischen Gemeinschaften — ehestmöglich rechtswirksam werden sollen, soll eine Genehmigung des Nationalrates sowie eine Zustimmung des Bundesrates gemäß Artikel 50 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes nicht erforderlich sein. Aus diesem Grund ist der Abs. 2 als verfassungsändernd zu behandeln; er bedarf zudem gemäß Artikel 44 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes auch der qualifizierten Zustimmung des Bundesrates.

Zu Artikel 6:

Zur Beratung und Vorbereitung von Entscheidungen auf Grund dieses Abkommens wird eine Gemischte Expertenkommission eingesetzt. Entsprechend der zu behandelnden Themen sollen auch Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der Länder beigezogen werden. Der Expertenkommission obliegt insbesondere die Beobachtung und Intensivierung der Zusammenarbeit und der Ausbau der Anerkennung von Prüfungszeugnissen der beruflichen Bildung. Sie soll zumindest jedes zweite Jahr zusammentreten. Es sind jedoch unmittelbar nach Inkrafttreten des Abkommens in den ersten Jahren jährliche Tagungen der Expertenkommission anzustreben, vor allem um eine Ausweitung der anerkannten Prüfungszeugnisse zu erreichen.

Zu Artikel 7:

Das vorliegende Abkommen soll sich auf die berufliche Bildung unterhalb der Hochschulebene beziehen. Demgemäß bleiben sowohl die Europäische Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse (BGBl. Nr. 44/1957) samt Zusatzprotokoll (BGBl. Nr. 327/1985) als auch das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich (BGBl. Nr. 368/1983) unberührt.

Zu Artikel 8:

Dieser Artikel enthält eine Klausel betreffend den örtlichen Geltungsbereich für Berlin.

Zu Artikel 9:

Das Abkommen soll auf unbeschränkte Zeit abgeschlossen werden.